

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltsrede 2013

Sehr geehrte Damen und Herren des Kreistags,
meine Damen und Herren,
die letzten Haushaltsreden waren geprägt von den massiven Auswirkungen und Bedrohungen der weltweit größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit dem Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben dabei alle Anstrengungen unternommen, um die Belastungen für unsere Gemeinden in einem erträglichen Umfang zu halten. Der Landkreis musste den Gürtel mehr als eng schnallen, um die Einnahmeausfälle ohne Erhöhung des Kreisumlagehebesatzes zu verkraften. Die letzten Rücklagen wurden dabei eingesetzt. Und jetzt?

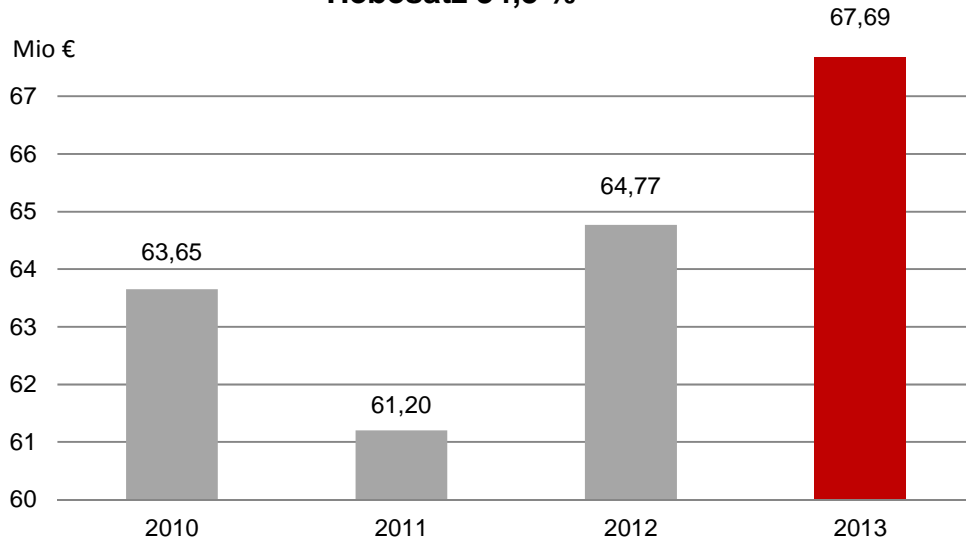
Meine Damen und Herren,
die konjunkturelle und wirtschaftliche Lage Deutschlands hat sich nach der Finanz- und Wirtschaftskrise erstaunlich schnell und kräftig erholen können. Dies gilt insbesondere für unseren Landkreis.

Und ich will es vorwegnehmen:

Nach dem Rechnungsergebnis 2011 und unserer aktuellsten Prognose zum Jahresergebnis 2012 schlagen wir - auch dank einer sehr umsichtigen Haushaltswirtschaft - 2013 erneut den gleich bleibenden Kreisumlagehebesatz von 34,5 % vor.

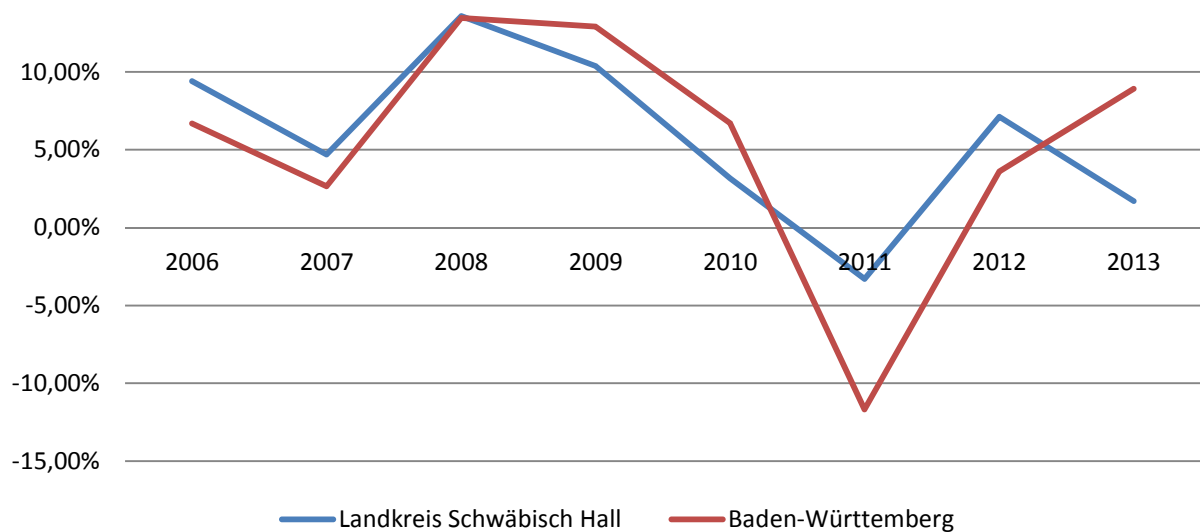
Bei der Steuerkraft erreichten die Städte und Gemeinden im Landkreis Schwäbisch Hall im Jahr 2011 einen neuen Spitzenwert. Die Folge: 2,9 Mio. € mehr Kreisumlage bei gleichbleibendem Hebesatz von 34,5 %.

Kreisumlage Landkreis Schwäbisch Hall Hebesatz 34,5 %



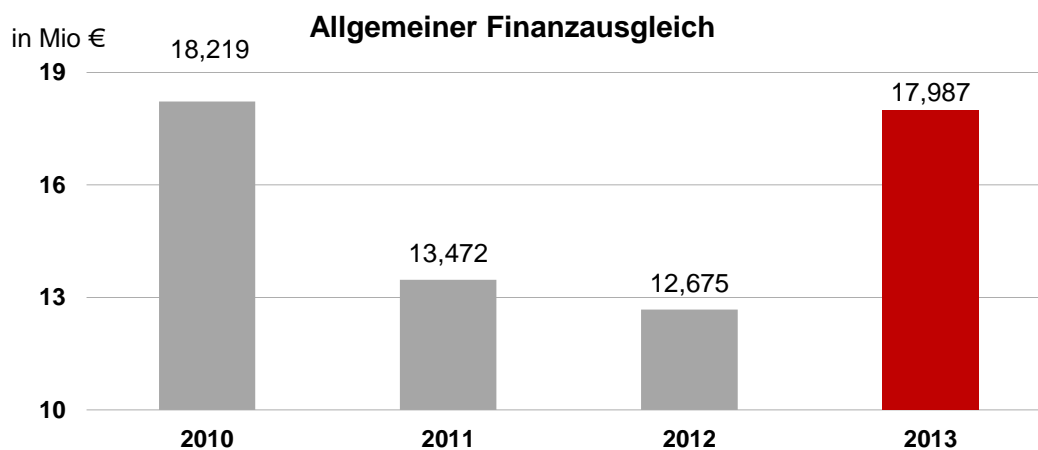
Der Einbruch bei den Schlüsselzuweisungen ist überwunden. Die Landkreise, die 2009 die stärksten Einbrüche der Steuerkraft zu verzeichnen hatten, holen jetzt wieder auf. Davon profitiert der Landkreis Schwäbisch Hall. Es tritt jetzt genau die umgekehrte Wirkung ein wie vor zwei Jahren.

Veränderung der Steuerkraft der Stadt- und Landkreise



Damals brach die Steuerkraft der Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg um - 11,7 % ein. Im Landkreis Schwäbisch Hall waren es nur - 3,3 %. Der Finanzausgleich nivelliert solche Abweichungen. Deshalb verlor der Landkreis Schwäbisch Hall rd. 10 Mio. € im allgemeinen Finanzausgleich in den Jahren 2011 und 2012. Jetzt wächst die Steuerkraft der Stadt- und Landkreise landesweit um 9 %. Im Landkreis Schwäbisch Hall sind es „nur“ 2 %, weil bei uns der Einbruch weit geringer war und deshalb auch weniger aufzuholen ist. Das zeigt das Schaubild über die Veränderung der Steuerkraft sehr deutlich.

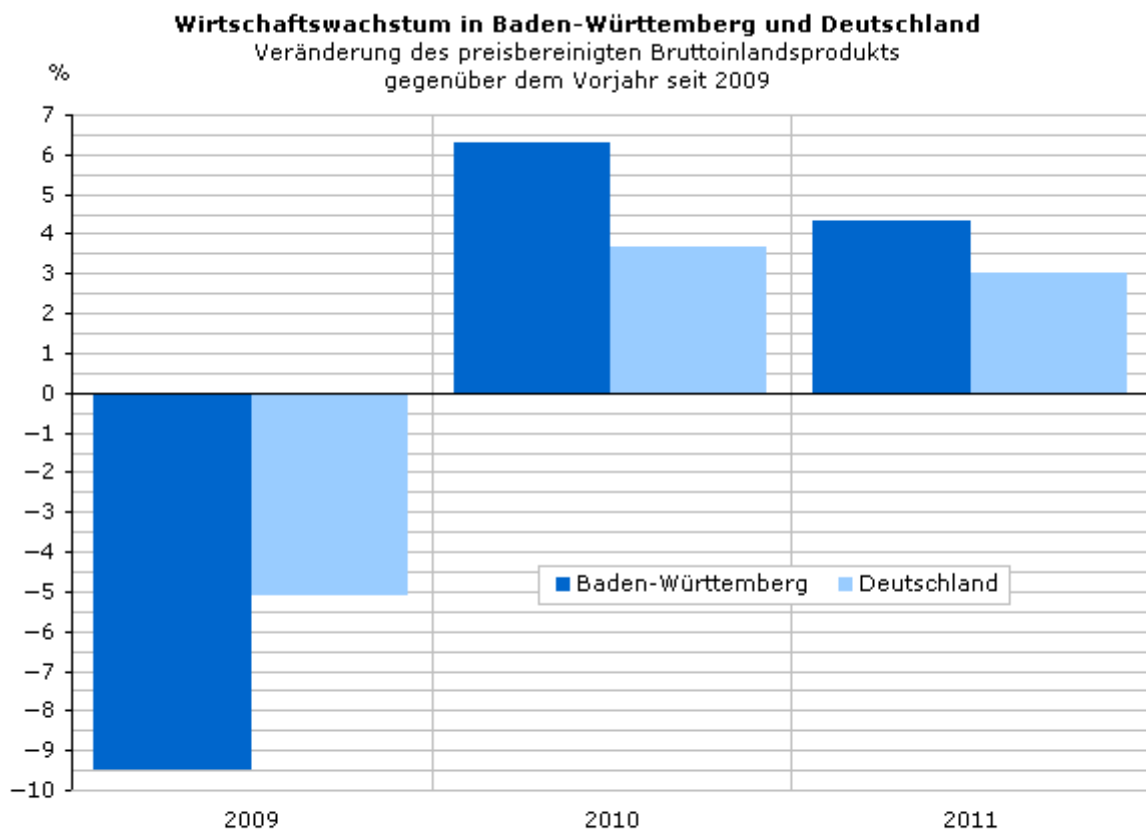
Die Folge: 5,3 Mio. € Verbesserung im **Finanzausgleich** (4,3 Mio. € mehr Schlüsselzuweisungen und 1 Mio. € weniger Finanzausgleichsumlage).



Hinzu kommt noch eine Verbesserung um 1 Mio. € im Soziallastenausgleich. Diese gute Nachricht aus Stuttgart erreichte uns erst, nachdem der Haushaltsplan in Druck gegangen war. Der Betrag erscheint deshalb auf der Änderungsliste.

Der Haushalt 2013 gibt uns wegen dieser Verbesserung im Finanzausgleich die Möglichkeit, ohne zusätzliche Schulden im Kernhaushalt über 6 Mio. € für die Verbesserung der Kreisstraßen zu investieren, mit unserem Energiespar- und Gebäudesanierungsprogramm weiterzumachen,

über 1 Mio. € für die dringend notwendige Sanierung der Tiefgarage unter dem Landratsamt bereitzustellen und auch noch 2 Mio. € Eigenmittel für den Krankenhausneubau in Crailsheim aus dem laufenden Haushalt zu erwirtschaften. Im gedruckten Haushaltsplanentwurf steht nur 1 Mio. €. Die zweite Million kommt aus der erwähnten Verbesserung im Soziallastenausgleich. Das ist das sehr erfreuliche **Fazit des Kreishaushalts 2013**, wenn Sie, meine Damen und Herren Kreisräte, den Haushaltsplanentwurf, so wie er von der Landkreisverwaltung heute eingebracht wird, im Dezember beschließen. Grund für diese gute Entwicklung ist die **wirtschaftliche Erholung**. Was die meisten Städte und Gemeinden schon letztes Jahr spürten und sich in diesem Jahr fortsetzt, kommt nächstes Jahr auch in der Kreiskasse an. Die wirtschaftliche Entwicklung macht dieses Schaubild deutlich:

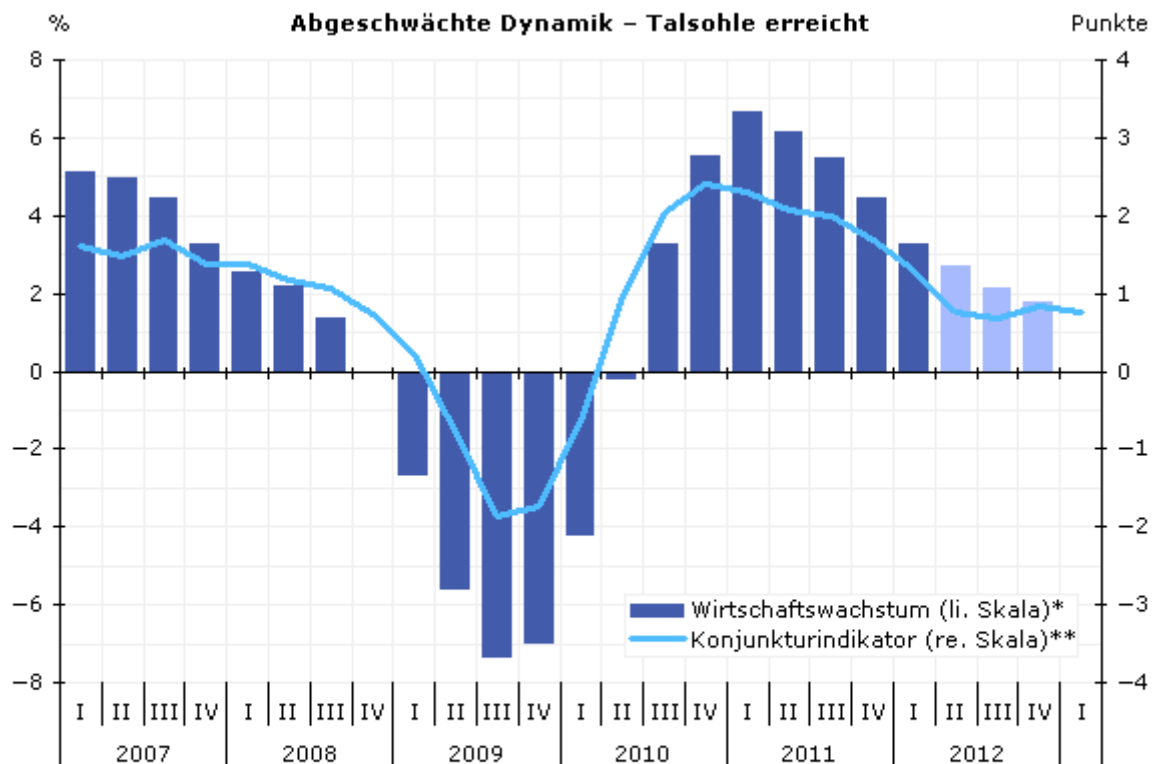


Berechnungsstand: August 2011/Februar 2012. – Die Revision der Zeitreihen 1991 bis 2007 ist momentan noch nicht abgeschlossen.

Quelle: Arbeitskreis »Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder«

Auf den wirtschaftlichen Einbruch (- 9,5 %) in Baden-Württemberg im Jahr 2009 aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise folgte die rasante Erholung im Jahr 2010 (+ 6,3 %) und 2011 (+ 4,3 %). Konjunkturerinbruch und anschließende Erholung weichen jeweils deutlich von der gesamtdeutschen Entwicklung ab.

Im Jahr 2012 hat sich das Wirtschaftswachstum in Baden-Württemberg fortgesetzt, wenn auch auf niedrigerem Niveau, wie dieses Schaubild zeigt:



* Gleitende Jahresrate des realen Bruttoinlandsprodukts Baden-Württembergs in % (Veränderung von jeweils vier Quartalen gegenüber den vier Quartalen zuvor); II/12 bis IV/12 Schätzung.

** Indikatorpunkte; Stand: Juli 2012; drei Quartale nach vorne versetzt.

2013 wird das Wirtschaftswachstum in Deutschland voraussichtlich weiter abflachen. Die Experten gehen aber weiterhin von Wachstum aus.

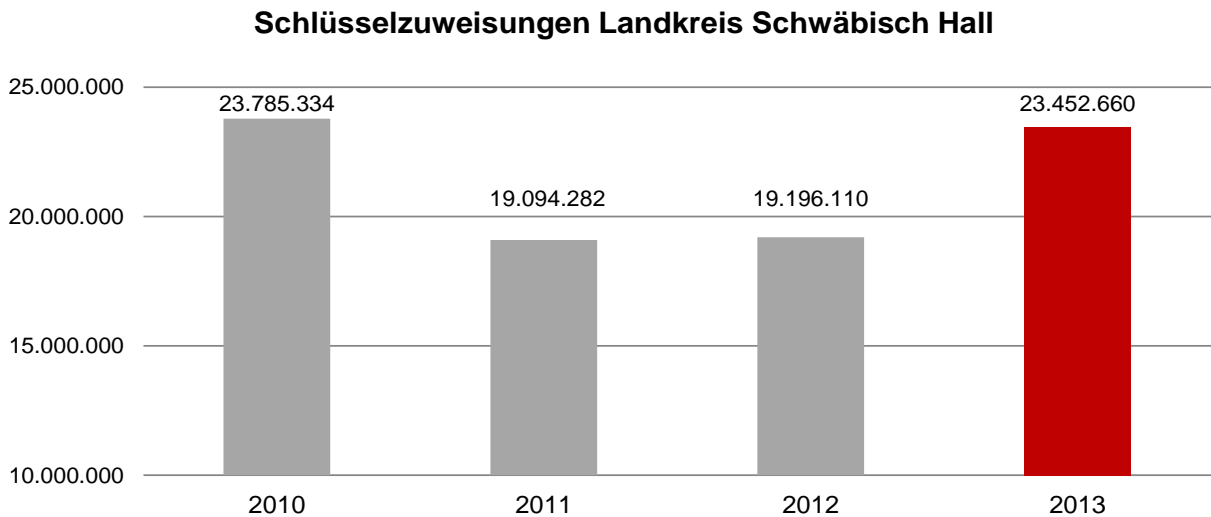
Das war die optimistische Bewertung, die uns rundum zuversichtlich stimmen kann. Jetzt kommt aber der Pessimist. Das ist „der Optimist, der nachgedacht hat“ und dem anschließend viele Fragen über die Staatsschuldenkrise und die Gefahren für den Euro in den Sinn kommen:

- Reichen die Rettungsschirme und ist der Euro damit jetzt sicher?
- Schaffen die Krisenländer im Süden Europas die notwendigen Reformen und in der Folge den wirtschaftlichen Umschwung?
- Ist der Aufkauf von Staatsanleihen der Krisenländer durch die Europäische Zentralbank die Lösung? Oder ist das Ergebnis ein noch größerer Schuldenberg, der unseren Kindern irgendwann über den Kopf wächst und am Ende zu Staatsbankrotten und Inflation führt?

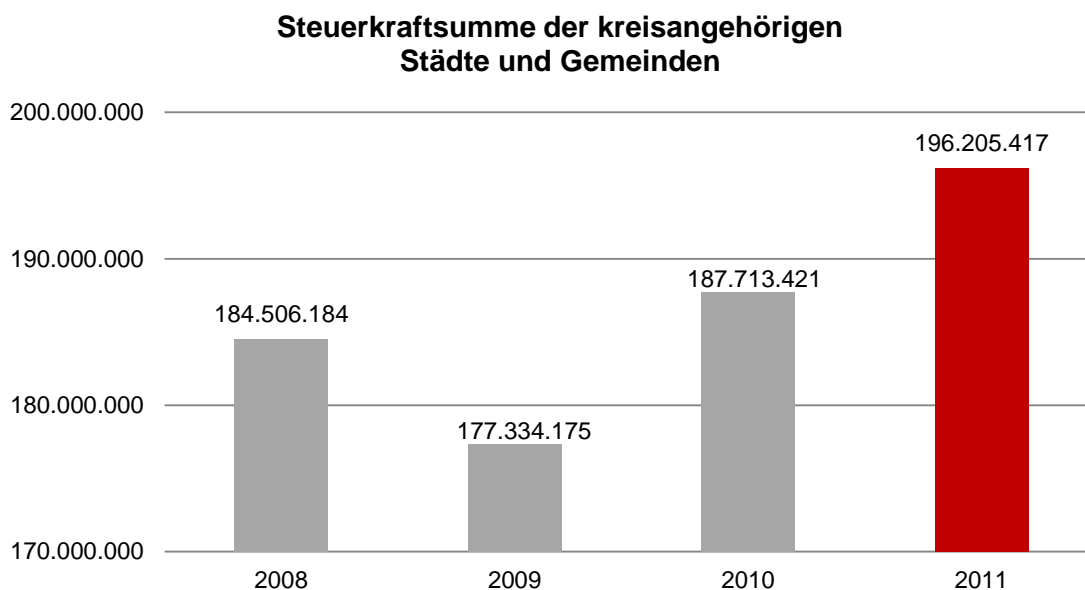
Meine Damen und Herren,

machen wir uns nichts vor: In Deutschland wächst die Wirtschaft! Die Steuereinnahmen sprudeln wie nie zuvor. Trotzdem schafft der Bund keinen ausgeglichenen Haushalt. Auch das Land Baden-Württemberg tut sich sehr schwer. Die **Konsolidierung des Landeshaushalts** ist eine Mammutaufgabe. Niemand verzichtet gerne. Alle verteidigen den eigenen Bereich. Zuerst sollen andere sparen. Das Jahr 2020, ab dem die verfassungsrechtlich verankerte **Schuldenbremse** mit Nullneuerschuldung eingehalten werden muss, rückt immer näher. Der Zwang zu grundlegenden strukturellen Veränderungen im Landeshaushalt wird immer größer.

Ich bin deshalb froh, dass die kommunalen Spitzenverbände sich mit dem Land geeinigt haben. Die Landesregierung hat sich an die Ankündigung in der Koalitionsvereinbarung gehalten und die Kommunen nicht noch mehr durch Vorwegentnahmen im kommunalen Finanzausgleich belastet. Das spüren wir in unserem Kreishaushalt sehr deutlich an den **Schlüsselzuweisungen**. Diese haben mit 23,4 Mio. € wieder fast die Höhe vor den Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise erreicht:



Die kommunale Steuerkraftsumme war im Landkreis Schwäbisch Hall schon im vergangenen Jahr höher als vor der Finanz- und Wirtschaftskrise und steigt im Jahr 2011 um 4,5 % auf einen neuen Spitzenwert von 196 Mio. €.



Die gestiegene kommunale Steuerkraftsumme sorgt bei gleichbleibendem Hebesatz von 34,5 % für 67,7 Mio. € **Kreisumlage**. Das sind 2,9 Mio. € (4,5 %) mehr als im vergangenen Jahr.

Kreisumlage Landkreis Schwäbisch Hall Hebesatz 34,5%									
2010	2011	+/-		2012	+/-		2013	+/-	
Mio. EUR	Mio. EUR	Mio. EUR	%	Mio. EUR	Mio. EUR	%	Mio. EUR	Mio. EUR	%
63,7	61,2	-2,5	-3,8	64,8	3,6	5,8	67,7	2,9	4,5

Mir ist natürlich klar, dass sich jetzt einige Bürgermeister eine Senkung des **Kreisumlagehebesatzes** wünschen. Ich habe dies in Erwägung gezogen und mit dem Kämmerer diskutiert. Wir schlagen Ihnen aus folgenden Gründen keine Senkung des Kreisumlagehebesatzes vor:

1. Im Gegensatz zu den meisten Landkreisen in Baden-Württemberg sind wir ohne Kreisumlageerhöhung durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen.

Sie wissen, wie schwer das war und mit welchen Klimmzügen die letzten Haushalte aufgestellt werden mussten, um die Kreisumlage stabil halten zu können.

2. Dadurch hat der Landkreis Schwäbisch Hall aktuell die drittniedrigste Kreisumlage im Regierungsbezirk Stuttgart:

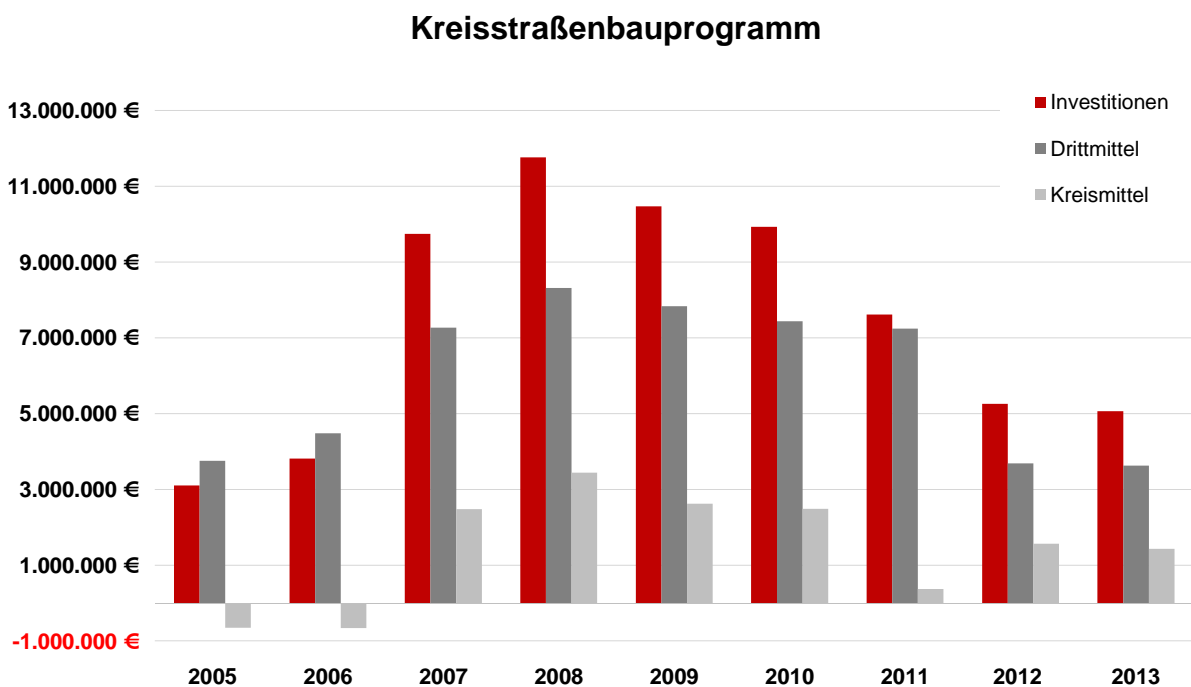
Kreisumlage-Hebesätze 2012		
Landkreis	Hebesatz	Rang
Böblingen	39,30%	9
Esslingen	38,90%	8
Göppingen	39,90%	10
Heidenheim	36,50%	6
Heilbronn	30,00%	1
Hohenlohekreis	37,00%	5
Ludwigsburg	36,50%	6
Main-Tauber-Kreis	33,00%	2
Ostalbkreis	35,50%	4
Rems-Murr-Kreis	40,00%	11
Schwäbisch Hall	34,50%	3
Regierungsbezirk Stuttgart	36,78%	

3. „Spare in der Zeit, dann hast Du in der Not.“ Der Landkreis hat mit dem Krankenhausneubau eine große Zukunftsaufgabe vor sich. Wir sollten die gute Konjunktur nutzen und jetzt 2 Mio. € Eigenmittel für die Krankenhausinvestitionen im Haushalt bereitstellen.
4. Die Tiefgarage des Landratsamtes muss dringend saniert werden. Wir streben eine Einigung mit der Stadt und den Stadtwerken an. 2 Mio. € - einschließlich 900.000 € Ermächtigungen aus Vorjahren - sind im Haushalt eingeplant. Weiteres dazu später.

Damit, meine Damen und Herren, ist unser Spielraum schon erschöpft. Wir können die Kreisumlage nur senken, indem wir Schulden machen oder die Finanzierung der auf uns zukommenden Investitionen in die Zukunft verschieben. Das halte ich in einer Zeit, in denen die meisten Städte und Gemeinden hohe Einnahmewachse verzeichnen, nicht für richtig. Wir sollten in der guten Zeit die notwendigen Investitionen tätigen und nicht die Aufgaben vor uns herschieben.

Damit bin ich beim **Finanzhaushalt** (dem früheren Vermögenshaushalt):

Der größte Posten sind die **Kreisstraßen**:



Für die Erhaltung und den Ausbau des Kreisstraßennetzes sind 5,065 Mio. € eingeplant. Zusätzlich stehen nicht verbrauchte Haushaltsmittel in Höhe von 1 Mio. € aus dem Jahr 2012 zur Verfügung.

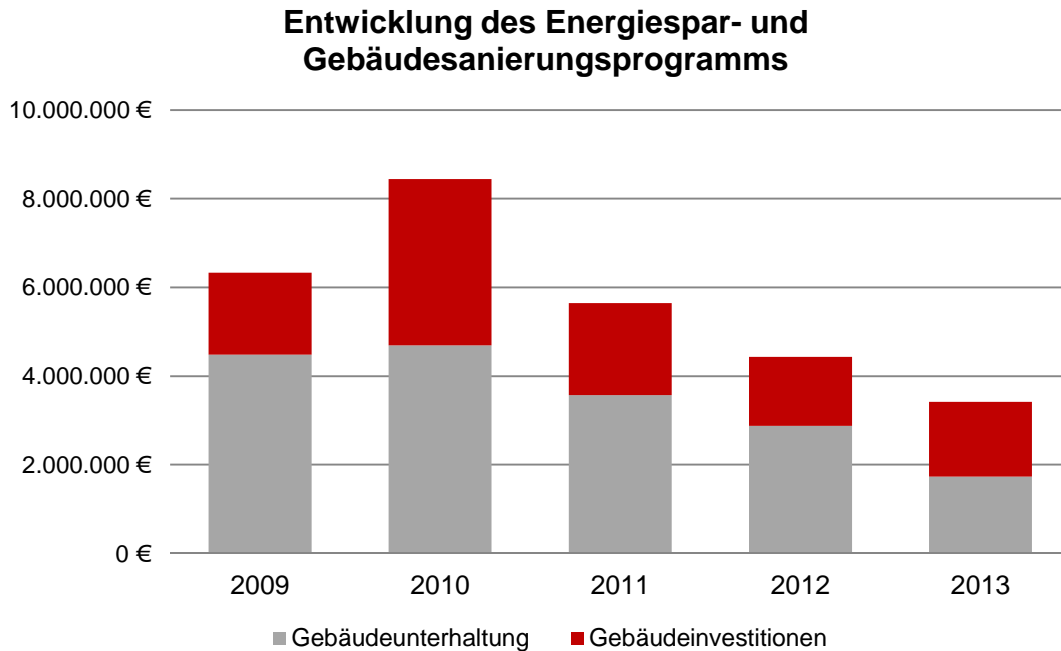
Denn der Ausbau der K 2627 zwischen Unterfischach und Geifertshofen konnte wegen dem vom Landesverkehrsministerium verfügten Förderstopp für kommunale Straßenbaumaßnahmen nicht realisiert werden. Und der Ausbau der Ortsdurchfahrt Gaggstatt verzögert sich, weil die Stadt Kirchberg/Jagst wegen ausgebliebener Fördermittel die Leitungsarbeiten nicht wie geplant durchführen konnte.

Der Landkreis setzt mit dem über 6 Mio. € umfassenden Kreisstraßenbauprogramm konsequent den Weg der vergangenen Jahre fort. Wenn wir nicht ständig in unser Kreisstraßennetz investieren, wird der Investitionsstau immer größer, die Straßen werden immer schlechter, die laufende Unterhaltung dadurch immer teurer, genauso wie eine zu späte Erneuerung. Wenn der Unterbau angegriffen ist, steigen die Investitionskosten enorm.

Nun zur **gemeinschaftlichen Unterhaltung von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen**. Die Zuweisungen des Landes und des Bundes reichen bei Weitem nicht aus. Seit der Aufgabenübertragung an die Landkreise im Jahr 2005 haben sich Defizite bei der Abrechnung für die Unterhaltung der Bundes- und Landesstraßen in Höhe von 3,2 Mio. € allein im Landkreis Schwäbisch Hall angehäuft. Landesweit beträgt der Abmangel zu Lasten der Landkreise 39,3 Mio. €, davon 28,4 Mio. € für die Landesstraßen und 10,9 Mio. € für die Bundesstraßen. Der Landkreistag ist bei diesem Thema mit der alten Landesregierung nicht weitergekommen und auch jetzt ziehen sich die Verhandlungen in die Länge. Es ist höchste Zeit, dass das Land seiner Verantwortung gerecht wird.

Nun zu einem erfreulicheren Thema:

Das vom Kreistag im Jahr 2008 beschlossene **Energiespar- und Gebäudemodernisierungsprogramm** bleibt in der Spur.



Vom Gesamtvolumen des Energiespar- und Gebäudemodernisierungsprogramms in Höhe von 30 Mio. € werden bekanntlich jährlich rd. 1,5 Mio. € - in 6 Jahren 9 Mio. € - für die laufende Gebäudeunterhaltung ausgegeben. Für Modernisierungsmaßnahmen bleiben damit 21 Mio. € übrig. Die Zwischenbilanz für das 5. Jahr beträgt 28,3 Mio. €. Im Jahr 2014 müssten zur Erreichung des Programmzieles nur noch rd. 1,7 Mio. € aufgewendet werden. Ich kann deshalb schon jetzt feststellen:

Das Programmziel ist erreicht!

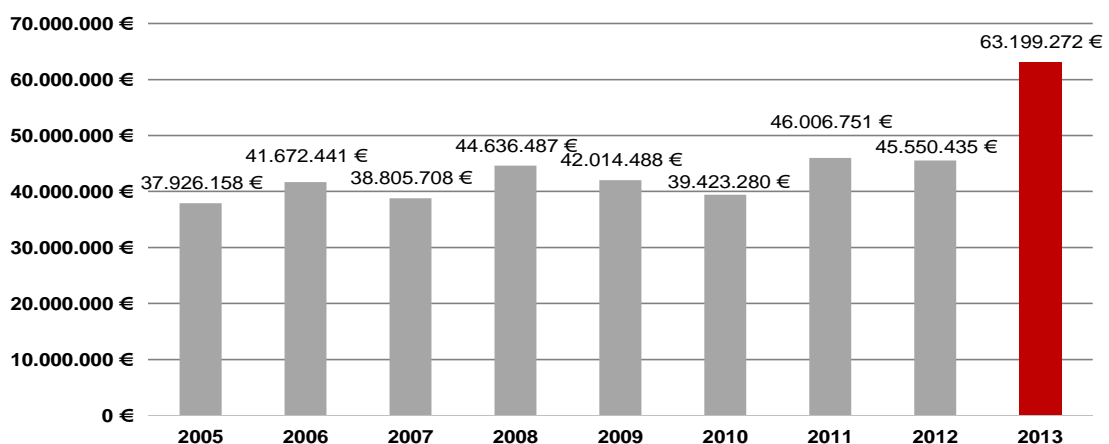
Wir werden dem Kreistag im kommenden Jahr berichten, welche Gebäudemodernisierungsmaßnahmen noch anstehen, und einen Vorschlag für ein Folgeprogramm machen.

Für die Einrichtung der digitalen Alarmierung in der **Leitstelle** wurden rd. 500.000 € Kreismittel im Haushaltsplanentwurf veranschlagt.

190.000 € Kreismittel sind im Finanzplan für den Digitalfunk vorgemerkt. Die Leitstelle soll damit auf einen zeitgemäßen Stand gebracht werden.

Die für den **Klinikneu- und Umbau in Crailsheim** vorgesehenen 8 Mio. € Eigenmittel sind mit dem Haushaltsplanentwurf 2013 zu über der Hälfte erwirtschaftet. Künftig müssen dann noch bis 2016 jedes Jahr 1 Mio. €, also insgesamt noch 3 Mio. €, aufgebracht werden. Das setzt voraus, dass unsere Finanzplanung aufgeht. Darin wurden Gesamtkosten für beide Bauabschnitte in Höhe von 56 Mio. € unterstellt. Wenn das Land einen Zuschuss in Höhe von 28 Mio. € (50 %) gewähren würde, müssten 20 Mio. € mit Darlehen finanziert werden. 4 Mio. € Kreditermächtigungen stehen bereits zur Verfügung. Im Haushaltsplanentwurf wurde deshalb eine restliche Kreditermächtigung in Höhe von 16 Mio. € eingestellt. Dies geschieht selbstverständlich vorbehaltlich des Baubeschlusses, den der Kreistag nach fassen muss. Ich gehe davon aus, dass dieser Beschluss in der nächsten Sitzung des Kreistags am 20. November gefasst werden kann. Das Fördergespräch im Sozialministerium soll Ende Oktober/Anfang November stattfinden.

Schulden



Durch die geplante Schuldaufnahme des Regiebetriebs Klinikimmobilien erhöht sich die **Gesamtverschuldung** des Landkreises auf 63,2 Mio. €. Die Pro-Kopf-Verschuldung steigt auf 334,81 € (+ 93,52 €).

Pro-Kopf-Verschuldung	
2012 pro Einwohner	2013 pro Einwohner
241,29 €	334,81 €

Meine Ausführungen zum Finanzhaushalt will ich mit dem leidigen Thema **Tiefgarage unter dem Landratsamt** abschließen. Für diesen Zweck stehen mit der im Haushaltsplanentwurf veranschlagten Rate in Höhe von 1,1 Mio. € und den schon 2009 und 2010 eingestellten Mitteln insgesamt 2 Mio. € zur Verfügung.

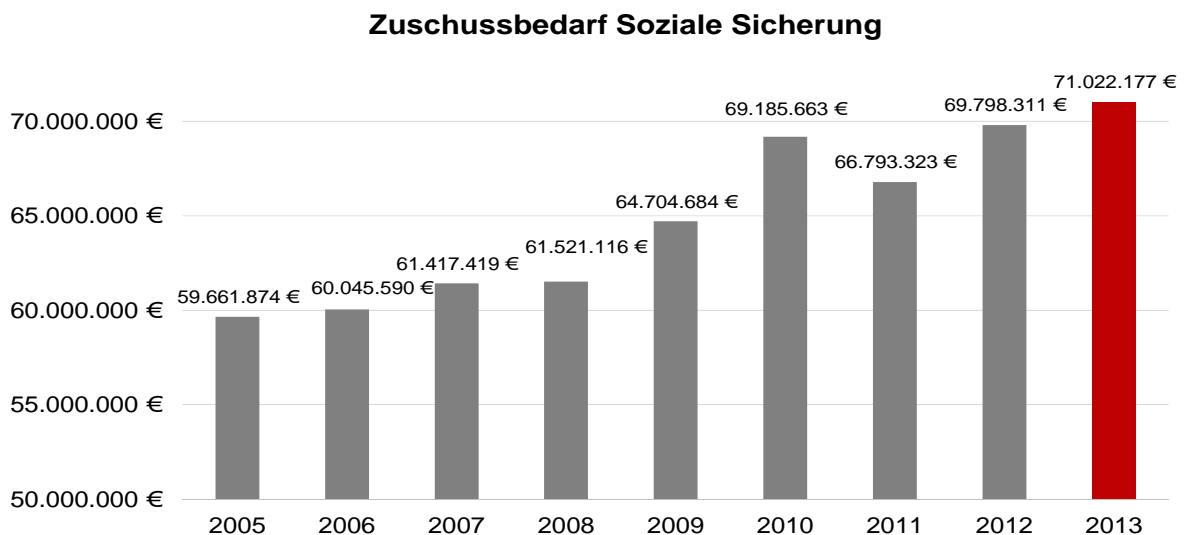
Das Angebot der Stadtwerke zum Verkauf seiner 472 Stellplätze an den Landkreis zum Preis von 1 € wurde bekanntlich im Jahr 2012 von Oberbürgermeister Pelgrim zurückgenommen. Wir verhandeln nun mit den Stadtwerken und der Stadt Schwäbisch Hall über einen Verkauf und die Rückmietung der 150 Stellplätze des Landkreises. Die Sanierung der Tiefgarage wäre dann die Angelegenheit der Stadtwerke. Der Landkreis würde beim Verkauf seinen Sanierungsbeitrag durch eine noch zu vereinbarende Zahlung ablösen.

Denkbar ist auch der Verkauf des gesamten Landratsamtsgebäudes an die Stadtwerke. Mit dem Verkaufserlös könnte ein Neubau an anderer Stelle in der Stadt Schwäbisch Hall zum Teil finanziert werden.

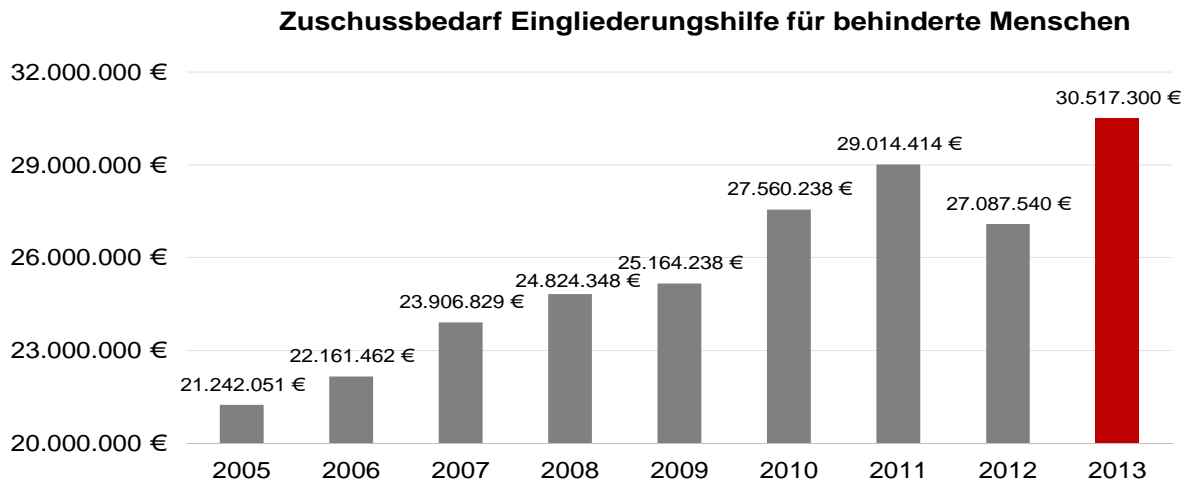
Wir haben vereinbart, dass diese Möglichkeit in einer Machbarkeitsstudie genauer untersucht wird. Parallel dazu werden Stadt und Stadtwerke die Nutzungsmöglichkeiten für das Landratsamtsgebäude prüfen und einen Kaufpreis ermitteln. Wir haben uns darauf verständigt, dass die offenen Fragen bis im kommenden Frühjahr geklärt werden sollen.

Nun zu den wichtigsten Bereichen des **Ergebnishaushalts** (dem früheren Verwaltungshaushalt):

Zunächst zum **Sozialhaushalt**:



Der Zuschuss für die gesamte soziale Sicherung steigt um 1,2 Mio. € (+ 1,8 %) auf rd. 71 Mio. €. Grund ist hauptsächlich die Kostensteigerung bei der **Sozialhilfe**:



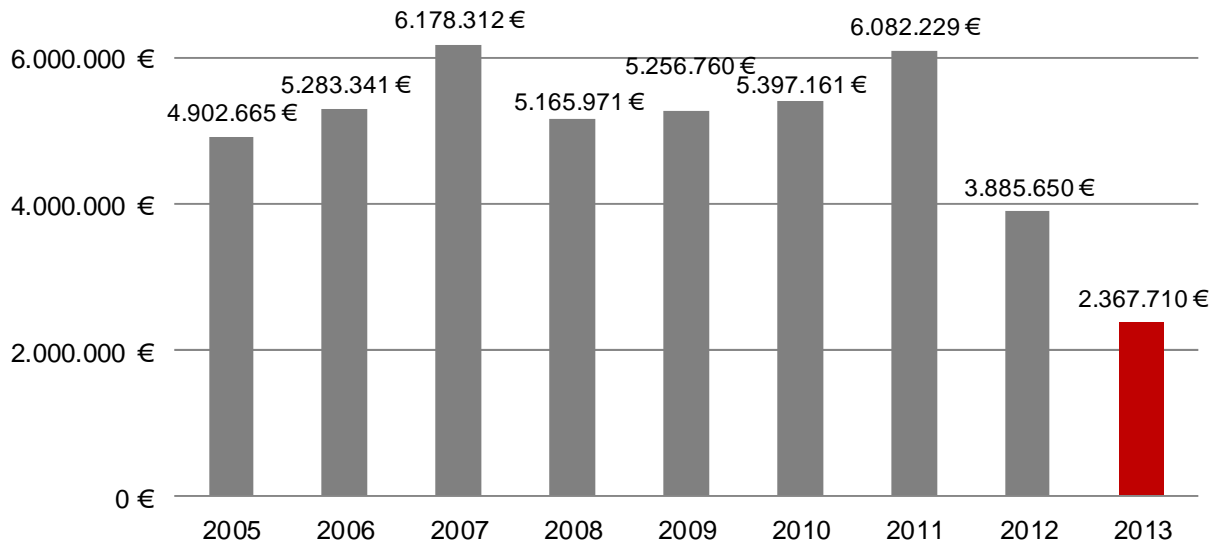
Größter Posten ist weiterhin die **Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen**. Hier steigt der Zuschuss um 1,9 Mio. €.

Berücksichtigt ist dabei der Sondereffekt im Haushaltsjahr 2012: Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts beschert dem Landkreis Einnahmen aus Mitteln der Ausbildungsförderung. Für Jahre rückwirkend werden Internatskosten für behinderte Menschen in Ausbildung erstattet. Veranschlagt wurden 1,5 Mio. €. Deshalb der kürzere Balken für das Jahr 2012 in dem sonst stetig ansteigenden Balkendiagramm.

Grund für die Kostenentwicklung sind die steigenden Fallzahlen, insbesondere für die Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Die Einrichtungen haben höhere Personalkosten aufgrund der Tarifsteigerungen. Diese werden über höhere Entgelte durch den Sozialhilfeträger refinanziert.

In der Hilfe zur Pflege haben wir mit Mehrausgaben in Höhe von rund 200.000 € zu rechnen. Auch diese Leistungen werden aufgrund des demografischen Wandels insbesondere für den stationären Bereich weiter ansteigen.

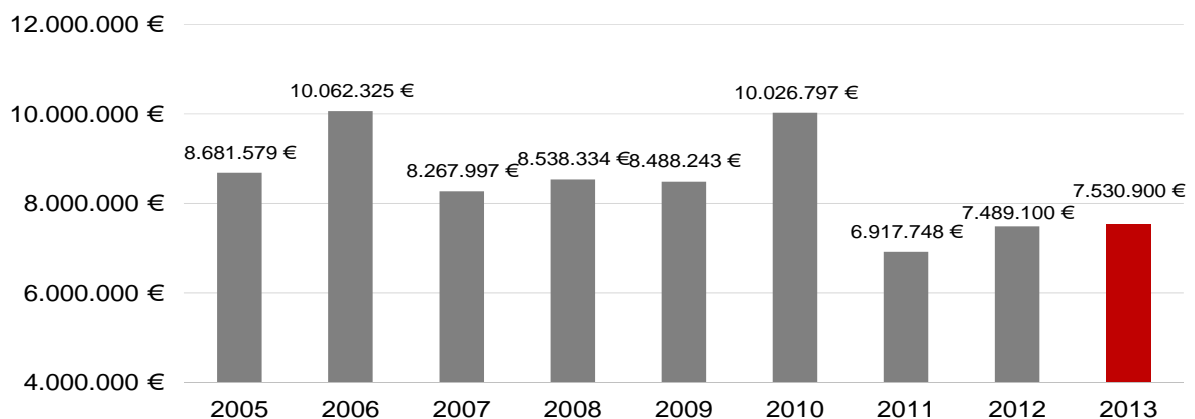
Zuschussbedarf Grundsicherung für ältere und erwerbsgeminderte Menschen



Für die Grundsicherung für ältere und erwerbsgeminderte Menschen

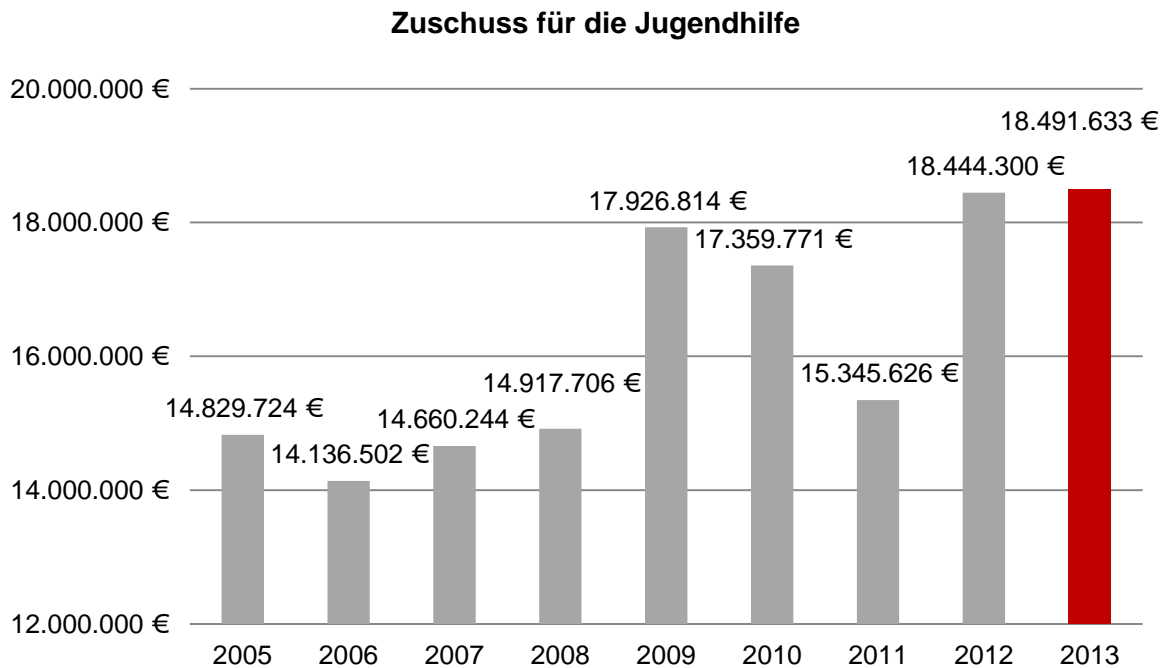
haben die Stadt- und Landkreise durch das Gesetz zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen erstmals im Jahr 2012 eine Erstattung der Aufwendungen durch den Bund in Höhe von 45 % erhalten. Im Jahr 2013 beträgt die Erstattung 75 %. Die Entlastung steigt um 1,9 Mio. € und beträgt nun 7 Mio. €. Der Zuschuss sinkt dadurch auf nur noch knapp 2,4 Mio. €.

Zuschussbedarf Grundsicherung für Arbeitssuchende



Bei der **Grundsicherung für Arbeitsuchende** (Hartz IV) wurden nur geringe Fallzahlensteigerungen unterstellt. Der Zuschuss verändert sich deshalb kaum. Ob das zu optimistisch ist, wird sich zeigen.

Nun zum **Jugendamt**:



Im Jugendhilfehaushalt rechnen wir mit einem ähnlichen Zuschussbedarf wie im Jahr 2012. Zugute kommt dem Landkreis, dass das Land wieder in die Förderung der Schulsozialarbeit eingestiegen ist. Dies begrüße ich ausdrücklich. Eine jahrelange Forderung der Kommunen wurde damit von der neuen Landesregierung erfüllt. Auch höhere Finanzaufweisungen im Bereich der Kindertagespflege entlasten den Kreishaushalt.

Bei den Aufwendungen für die Hilfen zur Erziehung macht sich bemerkbar, dass wir weiterhin konsequent auf ambulante Maßnahmen setzen und mit den Trägern sehr flexible Hilfen vereinbart haben. Bei den stationären Hilfen hoffen wir, dass der günstige Trend anhält.

Meine Damen und Herren,

je früher eine Familie unsere Hilfe erreicht, umso wirksamer kann geholfen werden und umso größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass spätere kostenintensivere Hilfen vermieden werden können. Das vom Kreistag beschlossene Konzept der „Frühen Hilfen“ wird deshalb vom Jugendamt konsequent umgesetzt. In den Stellenplan wurde für diesen Bereich 1 Personalstelle aufgenommen, die vom Jugendhilfeausschuss bereits beschlossen ist. Außerdem 3,35 Stellen für die Kindertagespflege, die früher vom Tagesmütterverein organisiert worden war.

Ein weiterer wichtiger Baustein ist das in den letzten 3 Jahren so erfolgreiche Projekt „KiMi - Kinder im Mittelpunkt“. Der Jugendhilfeausschuss hat zugestimmt, dass diese Hilfe für schwangere Frauen und Mütter in psychosozialen Risikosituationen fortgesetzt und in ein Regelangebot des Jugendamtes überführt wird.

Mitte des kommenden Jahres soll entschieden werden, ob auch der Einsatz von Familienhebammen in ein Regelangebot des Kreises umgewandelt werden kann. Der Bund hat sich im neuen Bundeskinderschutzgesetz verpflichtet, die Beschäftigung von Familienhebammen und den Aufbau von Netzwerken im Bereich der frühen Hilfen finanziell zu unterstützen. Wir sind nun auf die Höhe dieser Unterstützung gespannt. Darüber wird noch auf Verbandsebene verhandelt. Wir erwarten vom Land, dass die Bundesmittel ungeschmälert an die Landkreise durchgereicht werden.

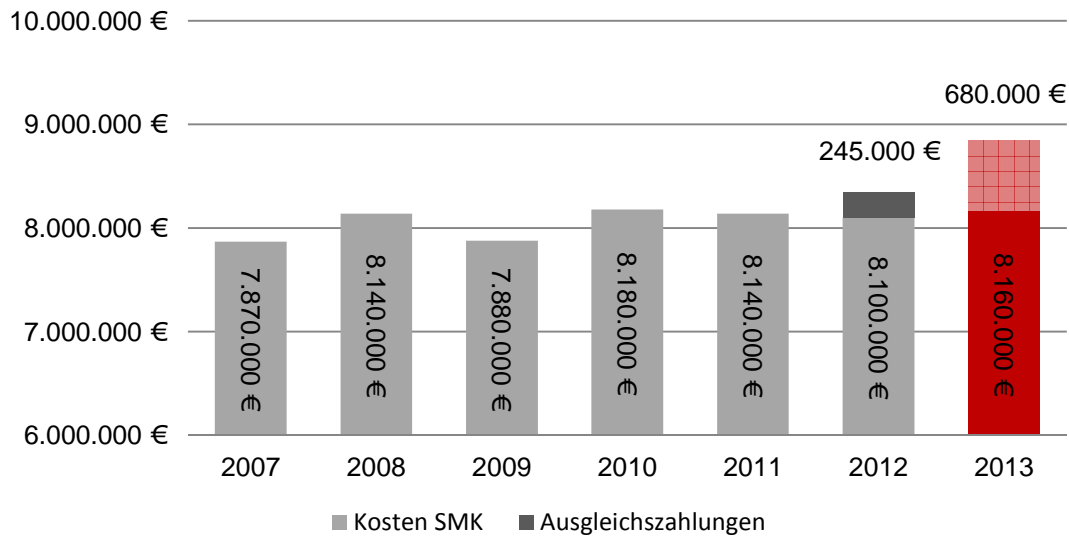
Seit 2008 steigt die Zahl der **Asylbewerber**. In diesem Jahr ist aufgrund der Entwicklung im Nahen Osten mit einer Steigerung der Asylbewerberzahlen um ca. 15 % zu rechnen. Für das kommende Jahr rechnen wir nicht mit einer Entlastung.

Im Gegenteil: Wenn die Landesregierung, wie angekündigt, den Standard für die Unterbringung verbessert, muss erheblich mehr Wohnfläche für die Flüchtlinge bereitgestellt werden. Der Landkreis sucht deshalb dringend nach geeigneten Unterkünften. Im Haushaltsplanentwurf wurden 530.000 € eingestellt, um ein kreiseigenes Gebäude in Crailsheim umbauen zu können. Selbstverständlich prüfen wir ständig auch mögliche Alternativen.

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurden die seit 1993 unverändert geltenden Leistungen für Asylbewerber angehoben. Seit 1. August beträgt die Leistung 346 € pro Person (vorher 225 €). Dies führt im Landkreis Schwäbisch Hall zu einer Erhöhung um 200.000 €. Nur 40 % werden vom Land getragen. Die Belastung für die Kreiskasse beträgt voraussichtlich 120.000 €. Ich beklage mich nicht über die höhere Unterstützung für die Flüchtlinge. Das war überfällig. Wie so oft, werden aber auch bei der Asylbewerberunterbringung Aufgaben vom Land an die Kommunen übertragen und dann keine ausreichende Kostenerstattung gewährt. Bleibt zu hoffen, dass die Verhandlungen des Städte- und des Landkreistags mit dem Land eine Entlastung bringen.

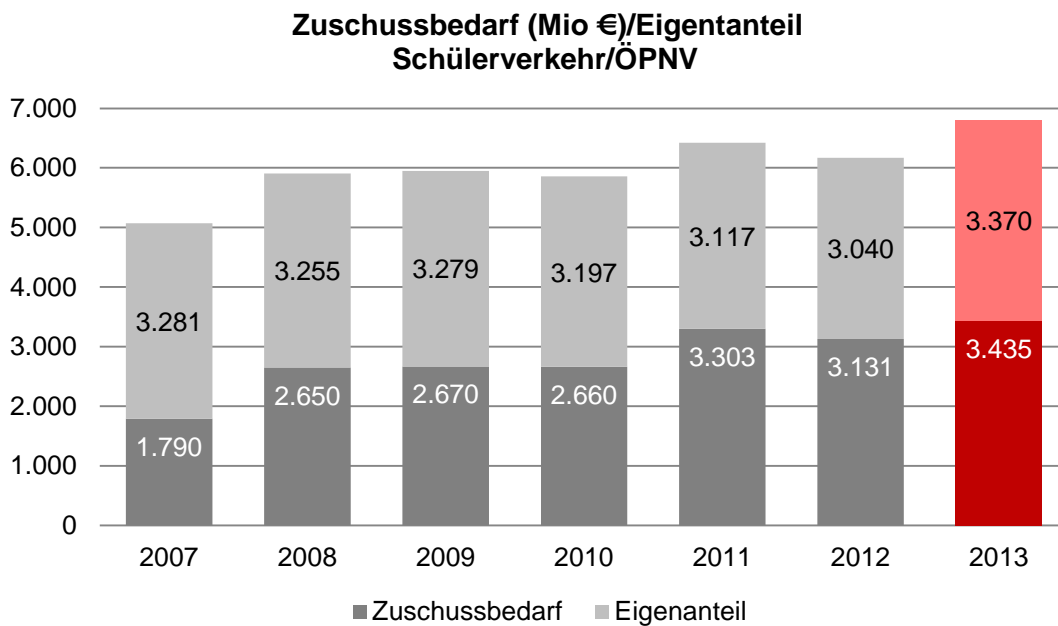
Nun zu einem ganz anderen Thema: Die Finanzierung des **Öffentlichen Personennahverkehrs** wird zunehmend schwieriger. Der Grund sind die ständig sinkenden Schülerzahlen. Die Verkehrsunternehmen können die Einnahmeverluste bei gleichzeitiger Personal- und Energiepreissteigerung nicht länger durch Rationalisierungsmaßnahmen auffangen.

Entwicklung Kosten Schülermonatskarten und Ausgleichszahlungen an Verkehrsunternehmen wegen Schülerrückgängen



Der Landkreis muss, wenn Leistungseinschränkungen, z.B. die Streichung von Busverbindungen, vermieden werden sollen, die Einnahmeverluste durch die Schülerrückgänge ausgleichen. Im Jahr 2012 ist ein Ausgleich in Höhe von 245.000 € notwendig, im Jahr 2013 werden 680.000 € gebraucht. Für die kommenden Jahre ist die Tendenz weiter steigend. Die **Eigenanteile der Eltern für die Schülerbeförderung** können aufgrund dieser Entwicklung nicht länger unangetastet bleiben. Die letzte Anpassung erfolgte im Jahr 2007.

Soziale Härtefälle werden durch eine Erhöhung der Elternbeiträge nicht entstehen. Die Eigenanteile an den Schülerbeförderungskosten werden im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets den Beziehern von Sozialleistungen erstattet.



Wenn Sie, meine Damen und Herren, die Erhöhung der Elternanteile für die Schülerbeförderung beschließen, kann der Zuschuss für den ÖPNV und Schülerverkehr einigermaßen stabil gehalten werden. Ohne diese Mehreinnahmen ginge die Kurve steil nach oben.

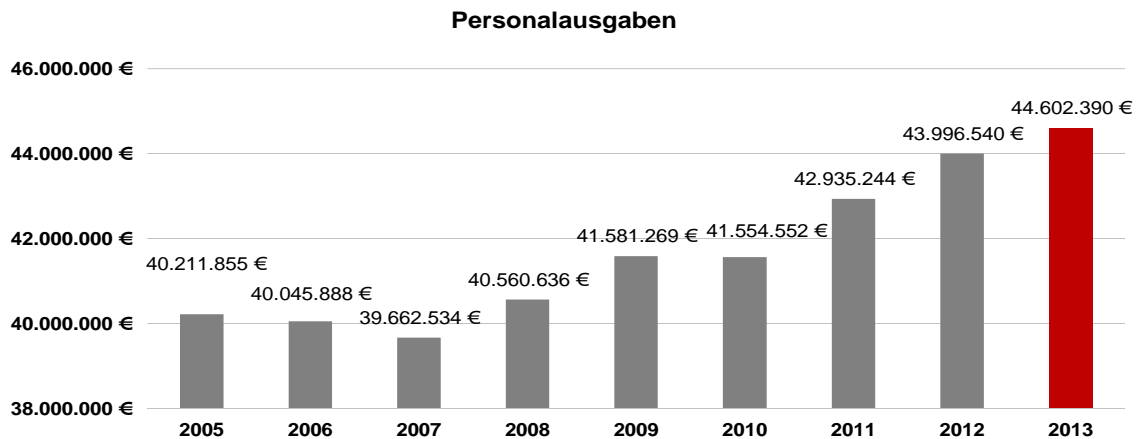
Es freut mich, gerade hier in Wallhausen sagen zu können, dass der **Bahnhaltepunkt Wallhausen** nach langen und zähen Verhandlungen jetzt bald wieder in Betrieb gehen wird. Dann ist die wichtigste Voraussetzung für die **Neuordnung des Nahverkehrs im nordöstlichen Kreisteil** geschaffen. Durch die bessere Verknüpfung des Schülerverkehrs mit der **Tauberbahn** soll ein besseres ÖPNV-Angebot entstehen. Über das von der Nahverkehrsberatung Südwest entwickelte Konzept wurde im Arbeitskreis Tauberbahn und auch in den Gremien des Kreistags lange diskutiert. 2013 kommt nun die Umsetzung. Im Haushaltsplanentwurf sind dafür 135.000 € vorgesehen. Der Fahrplan soll zum neuen Schuljahr im September 2013 umgestellt werden. Künftig rechnen wir mit jährlichen Mehrkosten in Höhe von 250.000 €.

Keinen Etat-Ansatz finden Sie im Haushaltsplanentwurf für die **Hohenlohebahn**. Wir haben bekanntlich gemeinsam mit dem Hohenlohekreis weitere Untersuchungen über Möglichkeiten zur Verbesserung des Zugfahrplans zwischen Schwäbisch Hall und Heilbronn in Auftrag gegeben. Ich befürchte, dass noch Jahre vergehen werden, bis dieses Zukunftsprojekt auch bei einer schrittweisen Umsetzung in Angriff genommen werden kann. Wir werden Ihnen voraussichtlich in der nächsten Sitzung des Verwaltungs- und Finanzausschusses die neuen Untersuchungsergebnisse vorlegen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
ich komme nun zu den Schulen: Der Landkreis steht zu seinen **Beruflichen Schulen und Förderschulen**. Wir haben mit dem Energiespar- und Gebäudesanierungsprogramm in den vergangenen Jahren für eine wesentliche Verbesserung der räumlichen Unterbringung gesorgt. Damit machen wir weiter. Unser Ziel sind runderneuerte Schulen, in denen sich unsere Schüler wohl fühlen und noch besser lernen können. Gleichzeitig leistet der Landkreis damit einen Beitrag zum Klimaschutz. Ein Thema, das durch die Schuldenkrise und die Energiewende in letzter Zeit etwas in den Hintergrund geraten ist, aber nicht vergessen werden darf.

Der Schuletat wurde vom Kämmerer mit allen Schulleitern abgestimmt. Bei diesen Budgetgesprächen können nie alle Wünsche erfüllt werden. Die Schulleiter anerkennen aber ausdrücklich die gute Ausstattung der Schulen und kommen mit den im Haushaltsplanentwurf vorgeschlagenen Schulbudgets gut zurecht.

Am Schluss der Haushaltsrede will ich noch kurz auf den **Personalhaushalt** eingehen:



Die Personalkosten steigen um 605.850 € (+ 1,3 %). Berücksichtigt wurden Besoldungs- bzw. Tarifierhöhungen in Höhe von 1,5 % für die Beamten und für die Beschäftigten jeweils 1,4 % zum 1. Januar und 1. August.

Der **Stellenplan** umfasst 933 Personalstellen. Auf Grund neuer Aufgaben müssen insgesamt 8,35 Stellen neu geschaffen werden. Davon ist allerdings nur ein Teil kostenrelevant.

- Beim Jugendamt: 1 Stelle für die Umsetzung des im Jugendhilfeausschuss verabschiedeten Konzeptes „Frühe Hilfen“. Für die 3,35 Stellen zur Übernahme der Kindertagespflege fällt der Zuschuss an den Tagesmütterverein weg.
- Bei der Kreiskämmerei: 1 Stelle für einen Hochbauingenieur befristet bis zur Fertigstellung des Klinikneubaus in Crailsheim.
- Beim Amt für Veterinärwesen und Verbraucherschutz: 1 Stelle im Bereich der Lebensmittelkontrolle. Zum Ausgleich wurde die Finanzzuweisung des Landes erhöht.

- Beim Amt für Wirtschafts- und Regionalmanagement: 1 Stelle im Bereich Tourismus. Anstatt beim Tourismusverein soll die Anstellung beim Landkreis erfolgen. Es entstehen keine zusätzlichen Personalkosten.
- Schließlich soll noch 1 Stelle beim Bau- und Umweltamt für „Natura 2000“ geschaffen werden. Die Personalkosten werden vom Land erstattet.



Die Verwaltungsabläufe in den einzelnen Ämtern werden ständig überprüft und verbessert, um noch effizienter zu arbeiten und alle Möglichkeiten zur Senkung der Personalkosten zu nutzen. Wir stoßen dabei aber an Grenzen. Seit dem Jahr 2005 wurden in der Landkreisverwaltung 47 Stellen abgebaut. Die Einsparung in diesen 9 Jahren beträgt fast 18 Mio. €. Allein im Jahr 2013 würden ohne diesen Stellenabbau 2,5 Mio. € höhere Personalkosten anfallen.

Dieser Stellenabbau hat im gesamten Landratsamt stattgefunden, nicht nur in den früheren Landesbehörden, die im Jahr 2005 im Zuge des **Verwaltungsstrukturreformgesetzes** in die Landratsämter integriert wurden.

In den VRG-Ämtern - das sind das Flurneuordnungsamt, das Forstamt, die Gewässeraufsicht und Gewerbeaufsicht, das Landwirtschaftsamt, die Lebensmittelüberwachung, das Straßenbauamt, das Vermessungsamt und das Versorgungsamt - mussten bekanntlich bis zum Jahr 2011 insgesamt 20 % Effizienzrendite erwirtschaftet werden. Das haben wir deutlich übertroffen. Die Effizienzrendite beträgt 28,6 %. Wir liegen damit an der Spitze aller Landkreise in Baden-Württemberg. Dieses Ergebnis wurde nicht nur durch Personaleinsparungen erreicht. Allein bei den Unterbringungskosten konnten 800.000 € zwischen 2005 und 2011 eingespart werden.

Insgesamt beträgt die Effizienzrendite 2,7 Mio. €. Das ist die erfreuliche Nachricht. Die traurige folgt zugleich. Bei den Straßenmeistereien, die ebenfalls im Jahr 2005 an die Landkreise übergangen, summieren sich die jährlichen Defizite trotz erheblichem Stellenabbau auf 3,2 Mio. €.

Gelegentlich werde ich mit dem Vorwurf konfrontiert, wir würden es mit dem Stellenabbau übertreiben und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stark belasten. Dafür gibt es keine Anzeichen. Der Personalrat achtet sehr genau darauf, dass im Landratsamt die Arbeitszeit eingehalten wird und niemand zu viel arbeiten muss.

Ein wichtiges Anliegen bleibt die **Berufsausbildung**. Im Jahr 2013 sollen 23 Ausbildungsplätze neu besetzt werden. Wir haben noch keine Probleme mit der Besetzung der Ausbildungsstellen. Die Zahl der Bewerber sinkt aber immer mehr. Der demografische Wandel geht am Landratsamt nicht vorbei.

Meine Damen und Herren,

unsere 1.200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Landratsamt, in den Schulen, im Forst und in den Straßenmeistereien leisten sehr gute Arbeit für unsere Bürgerinnen und Bürger. Das gleiche gilt für die 400 Beschäftigten im Landkreisklinikum in Crailsheim. Das wird alles viel zu oft als selbstverständlich angesehen. Ist es aber nicht. Deshalb ist es mir ein Anliegen, in meiner Haushaltsrede das Engagement jedes Einzelnen hervorzuheben und mich ausdrücklich für die geleistete Arbeit zu bedanken. Ich bin stolz auf unser Personal und auf das gute Betriebsklima im Landratsamt sowie in allen anderen Bereichen.

Ich danke allen, die beim Ausarbeiten dieses umfangreichen Haushaltsplanes mitgearbeitet haben: Dem Finanzdezernenten, Herrn Schmidt, den Herren Dezernenten Haag und Knaus, unserem Ersten Landesbeamten und meinem Stellvertreter, sowie allen Amtsleiterinnen und Amtsleitern. Weiter danke ich Frau Laudien von der Kreiskämmerei und heute ganz besonders Herrn Kauk, der rechten Hand des Kreiskämmerers.

Für Herrn Kauk ist es der 31. Haushaltsplan. Es wird sein letzter sein, den er aktiv gestaltet. Denn Herr Kauk wird nächstes Jahr 65. Jahre alt und sich dann in den wohlverdienten Ruhestand verabschieden. Zunächst gilt es aber noch, diesen Haushaltsplanentwurf im Kreistag zu beraten und zu verabschieden. Es müssen die Rechnungsabschlüsse 2011 und 2012 erarbeitet werden, aber dazu muss vorher die Eröffnungsbilanz für den dop-pischen Haushalt fertig sein. Herr Kauk, Sie haben also noch alle Hände voll zu tun - an Abschied ist noch nicht zu denken und für den Abschieds-schmerz noch lange keine Zeit! Trotzdem gilt heute Ihnen mein besonderer Dank für Ihre langjährige, sehr engagierte und professionelle Arbeit.

Meine Damen und Herren Kreisräte,

ich bin gespannt auf die Haushaltsreden der Fraktionen in der nächsten Sitzung des Kreistags am 20. November und wünsche uns in den kommenden Wochen eine konstruktive Haushaltsplanberatung. Ich hoffe, dass der Kreishaushalt 2013 bei der Verabschiedung am 18. Dezember eine sehr breite Mehrheit findet. Am liebsten wäre mir natürlich ein vom Kreistag wieder **einstimmig** verabschiedeter Haushalt, so wie im letzten Jahr der Haushalt 2012. Wünsche darf man ja immer haben...

Ich darf mit einem Zitat schließen, das ebenfalls hervorragend zu Haushaltsberatungen passt:

**„Wer das morgen nicht bedenkt, wird Kummer haben,
bevor das Heute zu Ende geht.“**

Diese alte Weisheit des chinesischen Philosophen Konfuzius, als Hilfestellung für den Einzelnen auf seinem Weg zu einem edleren Menschen gedacht, kann uns auch in Wirtschaft und Politik eine wertvolle Orientierung sein.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

Herr Schmidt wird Ihnen nun noch einige Details zum Haushalt erläutern und über die Arbeiten zur Umstellung auf das neue Kommunale Haushaltsrecht berichten.